



ایران رپورت

Iran-Report

06/21

Juni 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	13
Wirtschaft	14
Aussenpolitik	17

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den Iran-Report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://www.boell.de/iran-report>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Anja Hoffmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Präsidentenwahlen / Ende der Registrierung der Bewerber / Keine Aussicht für die Reformer / Sunniten fordern Gleichberechtigung / Sarifs Schicksal bleibt ungewiss / Erster Mai in Iran / Mysteriöser Tod einer Schweizer Diplomatin in Teheran / Missbrauchsoffer contra Justiz / Kampf um Corona-Impfstoff

PRÄSIDENTENWAHLEN

Bis vor wenigen Wochen vor den Präsidenten- und Kommunalwahlen in Iran war von dem bevorstehenden, wie manche meinen schicksalhaften, Ereignis kaum etwas zu spüren. Es war nicht allein die Epidemie, die die Menschen in Iran beschäftigte, es war auch eine resignative Unlust, eine Gleichgültigkeit, die den Wahlen entgegengebracht wurde. Es ist ohnehin alles bereits geplant und das Ergebnis steht längst fest, ich kann eh daran nichts ändern, werden wohl viele gedacht haben.

Tatsächlich sind die Wahlen in Iran eine Farce. Ein Großteil der Bevölkerung ist ohnehin von politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Wer sich außerhalb des islamischen Lagers befindet und sich zum säkularen Teil der Bevölkerung zählt, bekommt keine Möglichkeit, seine Meinung zu äußern, geschweige denn, an politischen Entscheidungen beteiligt zu werden.

Machtkämpfe, Konkurrenz und politische Auseinandersetzungen finden innerhalb des islamischen Lagers statt, das Jahr für Jahr kleiner und enger wird. Und je enger der Kreis wird, desto massiver wird die Gewalt gegen Andersdenkende.

Selbst das staatliche Fernsehen, das alles, was die Islamische Republik betrifft, schön zu färben versucht, veröffentlichte eine Umfrage über die mögliche Wahlbeteiligung. Demnach erklärten 52 Prozent der Wahlberechtigten, sie werden nicht an der Wahl teilnehmen. Nur 32 Prozent bestätigten ihre Teilnahme. Der Rest ist noch unentschieden.

An Appellen an die Wähler, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, fehlt es nicht. Aber statt die Bedingungen für die Bewerber zu erleichtern, damit zumindest der Schein von Vielfalt und Wettbewerb gewahrt bleibt, beschloss der Wächterrat, das Gremium, das die Eignung des jeweiligen Kandidaten feststellt, sie weiter zu verschärfen. Vorbei am Parlament, das für Wahlgesetze zuständig ist, legte der Wächterrat das Mindestalter für Bewerber auf 40 Jahre, das Höchstalter auf 75 Jahre fest. Zugelassen werden sollen ferner nur Personen, die mindestens ein Staatsexamen besitzen und mindestens vier Jahre Erfahrung in der höheren Verwaltung haben. Als geeignet gelten weiter Minister, Provinzgouverneure, Bürgermeister von Städten mit mehr als zwei Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und Befehlshaber der Streitkräfte mit einem Rang über Generalleutnant. Der Wächterrat wies das Innenministerium an, diese neue Verordnung bei der Registrierung der Bewerber anzuwenden.

Dem widersprach Präsident Hassan Rohani. Er wies das Innenministerium an, die Registrierung nach den bestehenden Bedingungen vorzunehmen. In einem Schreiben des zuständigen Vizepräsidenten für juristische Angelegenheiten heißt es, für Gesetze und Bestimmungen, die die Wahl betreffen, sei allein das Parlament verantwortlich. Demgegenüber erklärte der Sprecher des Wächterrats, Abbasali Kadchodai, die Verordnung sei für das Innenministerium bindend.

Nach der Registrierung beginnt für die Bewerber die eigentlich schwere Hürde. Die Liste wird an den Wächterrat weitergeleitet. Der Rat hat die Aufgabe, über die Eignung eines jeden Kandidaten oder einer jeden Kandidatin zu entscheiden. Wie die Entscheidung des Rats ausfällt, ist in Anbetracht der politischen Orientierung des Rats nicht schwer zu erraten. Der Rat setzt sich aus Ultras und Rechtskonservativen zusammen. Zudem ist zu

bemerken, dass bei Kandidaten und Kandidatinnen, denen man Chancen auf Erfolg zurechnet, auch der Revolutionsführer über deren Eignung entscheidet. Dies ist allerdings nicht gesetzlich festgelegt und erfolgt deswegen nicht offiziell, sondern hinter den Kulissen. Es ist absurd, dass erst nach einer getroffenen Wahl der Kandidaten die Wähler zu den Urnen gerufen werden.

Der Wächterrat muss innerhalb von fünf Tagen die endgültige Liste der anerkannten Bewerber veröffentlichen. Die Frist kann um weitere fünf Tage verlängert werden. Wie ein Sprecher des Rates erklärte, werde die Liste nicht mehr als die Namen von zehn Personen umfassen.

Rohani forderte in einer Erklärung am 13. Mai den Wächterrat und alle anderen zuständigen Instanzen dazu auf, auf die Ablehnung von Bewerbern zu verzichten und niemanden zu bevorzugen, damit ein echter Wettbewerb stattfindet und die Wähler ihre freie Wahl treffen können. Das sei auch im Sinne des Revolutionsführers, der ein „Höchstmaß an Beteiligung“ gefordert habe. Die Wähler müssten die Gelegenheit haben, für den Kandidaten zu stimmen, von dem sie die bestmögliche Erfüllung ihrer Bedürfnisse erwarten. Es sei das Recht eines Bürgers, frei zu wählen. Die geforderte und beschworene Einheit des Volkes könne nur erreicht werden, wenn Bevorzugungen und Privilegien für bestimmte Personen oder Gruppen ausgeschlossen werden. Die Einheit sei keine verbale Angelegenheit, sie habe praktische Konsequenzen, heißt es in Rohanis Erklärung.

Kurz vor Redaktionsschluss gab der Wächterrat die Namen der zugelassenen Kandidaten bekannt. Demnach wurden nur sieben der 592 Bewerber als geeignet eingestuft. Bei den sieben handelt es sich um fünf Erzkonservative und zwei Gemäßigte. Außer Ebrahim Raisi haben die anderen keine Chance, gewählt zu werden. Damit hat der Wächterrat faktisch den Präsidenten gewählt, bevor die Wähler zu den Urnen gehen. Offenbar wollten die Machthaber dieses Mal kein Risiko eingehen. Ihre Entschlossenheit, die Regierung um jeden Preis zu erobern, zeigt sich unter anderem darin, dass sie jemanden wie Ali Laridschani, der 12 Jahre lang Parlamentspräsident war und zuvor ranghohe Ämter begleitet hatte, als ungeeignet einstufen. Zu den abgelehnten gehörten nicht nur sämtliche Reformer und Moderaten, sondern auch der frühere Präsident Mahmud Ahmadinedschad und der amtierende Vizepräsident Eshagh Dschahangiri.

ENDE DER REGISTRIERUNG DER BEWERBER

Die Frist der Registrierung endete am 15. Mai. Insgesamt haben sich 592 Personen um die Nachfolge von Präsident Hassan Rohani beworben. Wir stellen im Folgenden die prominentesten Kandidaten vor.

Ebrahim Raisi gilt als einer der Favoriten. Er versucht sein Glück zum zweiten Mal. 2017 unterlag er mit 16 Millionen Stimmen Rohani. Nun tritt er als amtierender Justizchef auf. Er wird von der gesamten Ultrarechten und den rechten und konservativen Medien unterstützt und hat zudem durch seine häufigen Reisen in die Provinz seine Basis in der Bevölkerung ausgebaut. Lange wurde in Kreisen der verschiedenen rechten Gruppen nach einem Kandidaten gesucht, auf den sich alle einigen könnten und der auch die Chance haben würde, die Wahl zu gewinnen. Sie haben sich auf Raisi geeinigt. Nun hoffen sie, dass ihr Kandidat einen sensationellen Sieg erringen wird.

Eigentlich deutete Raisis berufliche Laufbahn nicht auf eine politische Karriere. Er bekleidete hohe Positionen innerhalb der Justiz und der Sicherheitsdienste. Seine Aktivitäten in den Revolutionsgerichten zeugten von seiner absoluten Loyalität gegenüber den Grundsätzen der Islamischen Republik.

Erst als Revolutionsführer Ali Chamenei Raisi zum Verwalter der religiösen Stiftungen in der heiligen Stadt Maschad ernannte, eine Stellung, die ihm nicht nur religiös, sondern

auch wirtschaftlich und politisch große Macht und Ansehen verlieh, zeichnete sich eine Wende in seinem beruflichen Leben ab. In dieser neuen Position konnte er sich erlauben, nach dem zweithöchsten Amt des Staates zu greifen. Nach seinem Scheitern bei den letzten Wahlen wurde er zum Justizchef ernannt. In dieser Funktion sagte er der weitverbreiteten Korruption, von der selbst die Justiz nicht verschont geblieben war, den Kampf an. Tatsächlich wurden hohe Justizbeamte und andere Staatsbeamte in einigen Mammutprozessen verurteilt, obgleich diese Prozesse nicht mehr bewirkten als ein Tropfen auf einem heißen Stein und mehr dem Schein dienten als einem wirksamen Kampf gegen die Korruption.

Doch Raisi hat in seiner Biographie viele dunkle, ja pechschwarze, Flecken. Er gehörte jenem von Ayatollah Chomeini ernannten vierköpfigen Gremium an, das als „Gremium des Todes“ bezeichnet wird. Das Gremium organisierte 1988 die Hinrichtung von mehreren Tausend Gefangenen. Dieser Massenmord ist der größte Schandfleck in der mehr als vierzigjährigen Geschichte der Islamischen Republik. Rohani warf während des Wahlkampfs 2017 Raisi seine Beteiligung an dem Massenmord vor. „Die Menschen in Iran sagen, sie werden niemals Menschen akzeptieren, die 38 Jahre lang nichts anderes gekannt haben als Hinrichtung und Gefängnis. Sie lehnen Leute ab, die am Schreibtisch Todesurteile fällen“, sagte er. Zu dem Vorwurf sagte Raisi einmal, er sei „stolz darauf“, gegen Verrat und Verderben gekämpft zu haben.

Als Raisi zum Verwalter religiöser Stiftungen wurde, meinten viele politische Beobachter, Grund dieser Ernennung sei möglicherweise der Plan, ihn als Nachfolger des Revolutionsführers aufzubauen. Sollte er tatsächlich gewählt werden, würde sich diese Vermutung erhärten. Auch Chamenei war Staatspräsident, als er vom Expertenrat zum Nachfolger von Ayatollah Chomeini gewählt wurde.

Die Chancen Raisis, die Wahl zu gewinnen, sind hoch. Denn es gibt unter den rechtsorientierten Kandidaten keinen, der mit ihm konkurrieren könnte. Auch die Reformer und die Gemäßigten haben, nachdem Außenminister Sarif auf eine Kandidatur verzichtet hat (s. Seite 8/9), kaum eine Chance, sich gegen Raisi behaupten zu können. Er strebe „einen Wandel in der Exekutive“ an. Sollte er Präsident werden, werde er „einen unerbittlichen Kampf gegen Armut und Korruption, Demütigung und Diskriminierung“ führen, sagte er.

Was für eine Vorstellung: Ein Verbrecher gegen die Menschlichkeit auf dem Stuhl des Präsidenten!

Ali Laridschani wäre vielleicht der einzige gewesen, der einen Sieg Raisis gefährden könnte. Er gehört dem Kreis der „moderaten Konservativen“ an. Der 64-Jährige war 12 Jahre lang Präsident des Parlaments. Einen Tag bevor er seine Kandidatur anmeldete, beriet er sich in der heiligen Stadt Ghom mit den wichtigsten religiösen Instanzen. Er wurde im Irak geboren. In den ersten Jahren nach der Revolution wurde er Mitglied der Revolutionsgarden. Eine Zeit lang wurde er sogar zum Vizeoberbefehlshaber der Garden ernannt. Danach wechselte er zur Regierung über und übernahm im Kabinett von Präsident Haschemi Rafsandschani das Ministerium für Kultur und islamische Führung. Bevor er Parlamentspräsident wurde, war er als Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats tätig. In dieser Eigenschaft führte er auch eine Zeit lang die iranische Delegation bei den Atomverhandlungen in Wien. Zuvor war er Chef des staatlichen Rundfunks und Fernsehens. Während dieser Zeit wurde vom Fernsehen eine Serie mit dem Titel „Howijat“ (Identität) gesendet, in der Kulturschaffende, Künstler, Schriftsteller und Menschenrechtsaktivisten denunziert und zu Geständnissen im Fernsehen gezwungen wurden.

Die Familie Laridschani gehört zu den einflussreichsten Familien des Landes. Der Bruder Sadegh Laridschani war zehn Jahre lang Chef der Justiz. Gegenwärtig gehört Sadegh Laridschani zu den Beratern des Revolutionsführers. Ali Laridschani hatte sich wie Raisi

schon einmal um das Amt des Präsidenten beworben. Bei der Wahl 2005 unterlag er Mahmud Ahmadinedschad. Unter sieben Bewerbern wurde er sechster.

Nach der Registrierung sagte Ali Laridschani den Journalisten mit Blick auf Raisi und die Militärs, die kandidieren: „Die Wirtschaft ist weder eine Garnison noch ein Gerichtssaal, die mit Befehlen oder Anordnungen gelenkt werden können.“ Er habe sich beworben, weil er der Meinung sei, dass jene, die sich beworben hätten, „das größte Problem des Landes, die Wirtschaft, nicht lösen können.“

Mahmud Ahmadinedschad, von 2005 bis 2013 Staatspräsident, würde gerne noch einmal Präsident werden. Er ist sozusagen ein Quereinsteiger und hat seine eigene Basis unter bestimmten Schichten, insbesondere bei den ärmeren Teilen der Bevölkerung. Besonders in den Provinzen und ländlichen Gegenden genießt er eine gewisse Popularität. Er hat in den letzten Monaten viel Staub aufgewirbelt und scharfe Kritik an der Regierung von Rohani geübt, sogar indirekt am Revolutionsführer.

Ahmadinedschad, zunächst ein Liebling der religiösen Instanzen, war in seiner zweiten Amtszeit als Präsident mit dem Revolutionsführer in Konflikt geraten, womit er die Feindschaft weiter Teile der Ultras und Konservativen auf sich zog. Politisch und vor allem wirtschaftlich hat er in seiner achtjährigen Amtszeit viel Unheil angerichtet und eine tiefe Krise ausgelöst, deren Folgen noch heute zu spüren sind.

Ahmadinedschad sagte, er sei von Millionen Menschen im Land gebeten worden, zu kandidieren. Bevor er zum Innenministerium ging, um sich anzumelden, verbreitete er ein Video im Netz, in dem eine Versammlung von etwa hundert Personen ihn darum bittet, sich zu bewerben, und er sagt: „Ich folge eurer Aufforderung und werde mich bewerben.“ Auf dem Weg zum Ministerium wurde er von zahlreichen seiner Anhänger begleitet. Vor dem Ministerium kam es zu einer Rangelei mit den Ordnungskräften. All dies dient der Publicity. Beim Verlassen des Ministeriums sagte Ahmadinedschad, sollte er vom Wächterrat abgelehnt werden, werde er an den Wahlen nicht teilnehmen. Diese Äußerung stieß auf heftige Kritik der ideologischen Ultras. Der Teheraner Freitagsprediger Ahmad Chatami sagte, wenn jemand die Wahl boykottiere, bedeute dies, dass er den islamischen Staat nicht anerkenne. Auch sein früherer Berater und engster Verbündeter, Aliresa Dawari, sagte auf Clubhouse, Ahmadinedschad lehne den Revolutionsführer ab. Er warte auf einen Angriff der USA, der zu einem Regimewechsel führen solle.

Eshagh Dschahangiri, derzeit erster Vizepräsident, bezeichnet sich selbst als Reformler, gehört aber eher zu den Gemäßigten um Präsident Rohani. Der 64-Jährige leitete unter Präsident Chatami das Ministerium für Industrie und Bergbau. In zwei Wahlperioden saß er als Abgeordneter im Parlament. Danach wurde er Provinzgouverneur von Isfahan. Auch er hatte bei der letzten Wahl kandidiert, hatte aber zugunsten von Rohani auf seine Kandidatur verzichtet. Zwei Brüder von Dschahangiri kamen im iranisch-irakischen Krieg ums Leben. Ein dritter Bruder wurde kürzlich wegen Betrugs und Devisenschmuggels zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Chancen Dschahangiris, gewählt zu werden, sind äußerst gering. Er wird in großen Teilen der Bevölkerung für die wirtschaftliche Misere verantwortlich gemacht. Er verfügt über keine große Basis. Selbst unter den Reformern ist er umstritten.

Mohssen Resai, 67 Jahre alt, ist Generalsekretär des Schlichtungsrats. Der General war von 1981 bis 1997 Oberbefehlshaber der Revolutionsgarden. Gegen ihn bestehen schwere Vorwürfe. Ihm wird vorgeworfen, im iranisch-irakischen Krieg Tausende Kindersoldaten als Minenauslöser in den Tod geschickt zu haben. Zudem soll er Auftraggeber für den schweren Terroranschlag von Juli 1994 gegen eine jüdische Einrichtung in Argentinien gewesen sein. Daher liegt bei Interpol ein internationaler Haftbefehl gegen ihn vor.

Trotz dieser Vergangenheit wird Resai in Iran als gemäßigt-konservativ eingeschätzt. Er kandidierte zweimal für das Amt des Präsidenten. 2005 zog er seine Bewerbung unmittelbar vor der Wahl zurück. 2009 trat er als erbitterter Gegner des damaligen Präsidenten Ahmadinedschad auf, dessen Politik er in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung als einen „Weg in den Abgrund“ bezeichnete.

Mostafa Tadschsadeh, ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium, bezeichnet sich selbst in seiner Bewerbungsankündigung als „Reformer und Konstitutionalist“. Er gehört zu dem linken Flügel der „Reformer“. Der 1956 in Isfahan geborene Tadschsadeh begab sich 1975 zum Studium der Politikwissenschaft in die Vereinigten Staaten. Dort schloss er sich der Auslandsopposition gegen den Schah an. Im Zuge der Revolution 1979 gab er sein Studium auf, kehrte nach Iran zurück und machte rasch Karriere. Zunächst arbeitete er im Ministerium für Kultur und islamische Führung. Als der spätere Präsident Mohammad Chatami das Ministerium übernahm, ernannte er Tadschsadeh zu seinem Stellvertreter. Später, als Chatami Präsident wurde, wurde Tadschsadeh zum Vizeinnenminister ernannt. Bei den Parlamentswahlen 2000 geriet er in Streit mit dem Wächterrat und wurde von einem Gericht für drei Jahre von jeglicher Regierungsbeschäftigung ausgeschlossen und zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. 2009 wurde er im Zuge der landesweiten Proteste wegen der umstrittenen Wiederwahl des damaligen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Zudem wurden ihm für zehn Jahre Politische- und Presseaktivitäten untersagt.

Er wolle die Stimme der unterdrückten Proteste und der Opfer beim Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine sein, schrieb er in seiner Erklärung. „Ich werde kommen und mit Zustimmung des Revolutionsführers die Verfassung der Islamischen Republik reformieren.“ Der Revolutionsführer müsse direkt vom Volk gewählt werden. Seine Amtszeit dürfe nicht zwei Wahlperioden überschreiten, forderte Tadschsadeh. „Das staatliche Fernsehen und der Rundfunk müssen vielstimmig sein. Auch private Sender müssen zugelassen werden. Die Justiz muss unabhängig werden.“ Es dürfe keine Parallelinstitutionen zu der Regierung geben. „Die Wahlen müssen frei sein.“ Er werde „strukturelle und strategische Reformen“ durchführen. Der Konflikt mit den USA sei „kostspielig und unnötig“. Er wolle die Beziehung zu den Vereinigten Staaten normalisieren. Die Streitkräfte und Revolutionsgarden sollten sich ausschließlich um den Schutz der Landesgrenzen und die Sicherheit des Landes kümmern und sich aus anderen Bereichen heraushalten.

Tadschsadeh hatte bereits früher den Wächterrat als wichtigstes Hindernis für freie Wahlen bezeichnet. Nun sagte er bei einem Gespräch im sozialen Netzwerk Clubhouse, bevor der Wächterrat über die Eignung eines Kandidaten entscheide, treffe der Revolutionsführer die Entscheidung. Sollte nun Chamenei die Kandidaten der Reformer ablehnen, werde die Wahlbeteiligung sehr gering sein.

Seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten sei ernst. Er habe sich nicht beworben, um abgelehnt zu werden. Er übte bei dem Gespräch im Clubhouse scharfe Kritik gegen die Zustände im Land und meinte, das Land brauche dringend grundlegende, strukturelle Reformen. Auf die Frage, warum er sich dann so sehr auf Wahlen konzentriere, sagte er: „Ich kenne keine andere Alternative und mit dieser Meinung bin ich nicht allein. Die ganze Welt weiß, dass Änderungen in der Islamischen Republik allein durch Wahlen möglich sind. Die Wahlurne ist wichtiger als die Regierungsform. Die hat man uns weggenommen, sozusagen als Geisel.“

Der eigentliche Kandidat der Reformer sei Mohammad Chatami gewesen, sagte Tadschsadeh weiter. Aber seine Bewerbung stehe nicht mehr zur Disposition. Sollte bei den Wahlen kein echter Wettbewerb möglich sein, werde er nicht daran teilnehmen. Er werde auch nicht Kandidaten wie (den früheren Parlamentspräsidenten) Ali Laridschani unterstützen. Solche Leute seien wie „Gift“ gegen Reformen. „Sollten die Wahlen nicht frei sein, müssen wir schweigen und den Menschen in unserem Land erklären, dass die

Herrschenden uns keine Alternative gelassen haben“, betonte Tadschsadeh. Ziel seiner Kandidatur sei der Kampf für ein demokratisches Iran, für Frieden in der Region und gute Beziehungen zu allen Ländern der Welt.

Die Kandidatur von Tadschsadeh löste unterschiedliche Reaktionen aus. Einige Reformer reagierten ablehnend. Der frühere Bürgermeister von Teheran Gholamhossein Karbastschi sagte, selbst wenn er vom Wächterrat als geeignet eingestuft werden sollte, würde er nicht genügend Stimmen bekommen. Denn die Wähler würden „seinen Ton und seine Sprache“ nicht mögen.

Die ultrarechte Agentur Fars bezeichnete Tadschsadeh als „Zwergpolitiker“, der versuche, sich „mit Geschrei“ bemerkbar zu machen. „Tadschsadeh, der nach den Krawallen von 2009 eine lange Zeit im Gefängnis verbrachte, hat zahlreiche schwarze Flecken in seiner Biographie. Er hat in seiner politischen Laufbahn keine Erfolge vorzuweisen. Er war immer derjenige, der bei Krawallen die Stimmung aufheizte und das Lied einer strukturellen Veränderung trommelte.“ Die Agentur meinte, der Wächterrat werde Tadschsadeh als ungeeignet ablehnen. Vermutlich hat sie Recht, denn Tadschsadeh fordert unter anderem die Abschaffung der Kleidungs Vorschriften für Frauen.

Außer den Genannten haben sich auch einige amtierende hochrangige Offiziere um das Amt des Präsidenten beworben. Die bekanntesten unter ihnen sind General Said Mohammad, bis vor kurzem Oberkommandierender von Khatam al Anbiya, einem gigantischen Wirtschaftsstützpunkt der Revolutionsgarden, General Hossein Dehghan, früherer Verteidigungsminister, der derzeit den Revolutionsführer in militärischen Angelegenheiten berät, General Mohamad Hossein Nami, früher Kommunikationsminister in der Regierung Ahmadinedschad, der die Bodentruppen der Streitkräfte kommandiert, und General Rostam Ghassemi, ehemaliger Ölminister unter Ahmadinedschad, danach Oberkommandierender von Khatam al Anbiya. Derzeit ist er Vizekommandant der Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarden für Auslandseinsätze.

KEINE AUSSICHT FÜR DIE REFORMER

Die Reformer befinden sich in einer misslichen Lage. Eigentlich gibt es niemanden aus ihren Reihen, der oder die die Chance hätte, vom Wächterrat akzeptiert, und populär genug wäre, um tatsächlich gewählt zu werden. Auch bei der letzten Präsidentenwahl befanden sich die Reformer in einer ähnlichen Lage. Daher mussten sie mit den Gemäßigten und moderaten Konservativen ein Bündnis schließen. Diese Möglichkeit ist nach acht Jahren Rohani-Regierung verspielt. Die Regierung von Rohani hatte Hoffnungen erweckt, ohne sie auch im Geringsten einzulösen. Die Enttäuschung in der Bevölkerung ist groß. Bei dieser Wahl standen die Reformer vor einem Dilemma. Sollten sie Kandidaten aus der zweiten Reihe in den Ring schicken, würden sie damit die Wahlen legitimieren und den Anschein erwecken, als seien die Wahlen tatsächlich frei und demokratisch und die Zurückweisung ihrer Weggefährten legitim und rechtens. Würden sie die Teilnahme verweigern und zum Wahlboykott aufrufen, würden sie für lange Jahre weit mehr an den Rand des politischen Geschehens gedrängt, als sie es schon sind. Damit scheint die Lage der Reformer ausweglos zu sein. Selbst bei den Bewerbern für die Kommunalwahlen, die im ganzen Land gleichzeitig mit der Präsidentenwahl stattfinden, wurden bereits die meisten Kandidaten der Reformer ausgesiebt. Und auch der Wächterrat, der bei der Zulassung der Kandidaten für die Kommunalwahlen keine Rolle spielt, hat erklärt, dass er dieses Mal jeden Bewerber für die Präsidentenwahl genauer als bisher unter die Lupe nehmen wird. Allem Anschein nach sind die eigentlichen Machthaber nicht mehr daran interessiert, auch nur den Anschein einer freien Wahl zu wahren. Teile der Reformer knüpfen nun ihre letzte Hoffnung an Tadschsadeh, der vermutlich vom Wächterrat abgelehnt werden wird.

SUNNITEN FORDERN GLEICHBERECHTIGUNG

Molavi Abdolhamid Esmailzahi, Prediger in der Stadt Zahedan, der als Führer der sunnitischen Bevölkerung Irans gilt, klagte am 13. Mai, dem letzten Tag des Fastenmonats, über „Ungleichbehandlung“ religiöser Minderheiten und die damit verbundene zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Er kritisierte, dass der Staat bei den vergangenen Wahlen sein Versprechen, alle Bürger gleich zu behandeln, nicht eingehalten habe. Wenn der Staat die Teilnahme und Loyalität aller Bürger fordere, müsse er auch sein Versprechen einhalten. Gerade jetzt seien zahlreiche Kandidaten für die Kommunalwahlen als ungeeignet zurückgewiesen worden. „Wenn ihr Loyalität wollt, müsst ihr alle Ungleichheiten abschaffen, die Sunniten und andere religiöse Minderheiten müssen dieselben Möglichkeiten und Freiheiten haben wie die Mehrheit.“

Die Sunniten hätten bei den vergangenen Wahlen für die Teilnahme der Bürger geworben und sich stark für eine gelungene Wahl eingesetzt, seien aber danach stark enttäuscht worden, weil das Versprechen, ihre Lage zu bessern, sich als hohl erwiesen habe. Tatsächlich lag die Wahlbeteiligung bei den vergangenen Parlamentswahlen vor zwei Jahren in der Provinz Sistan und Belutschistan, in der vorwiegend Sunniten leben, mit 60 Prozent über dem Durchschnitt von 42 Prozent.

Molavi beklagte, dass bislang kein Sunnit in die oberen Etagen des Staates gelangen konnte. Es gebe keinen sunnitischen Vizepräsidenten, Minister oder Staatssekretär. Außer einer geringen Zahl von Abgeordneten im Parlament seien die Sunniten nirgends an politischen Entscheidungen beteiligt, sagte er.

SARIFS SCHICKSAL BLEIBT UNGEWISS

Nachdem ein längeres Interview des bekannten Ökonomen Said Leylaz mit Außenminister Mohammad Dschawad Sarif ungewollt an die Öffentlichkeit gelangt war und auf heftige Kritik stieß, bleibt das Schicksal des Ministers ungewiss. Wie wir in der vergangenen Ausgabe des Iran-Reports berichtet haben, veranlasste das Interview selbst den Revolutionsführer zu einer ungewöhnlichen Schelte des Ministers. Sarif hatte erklärt, die iranische Außenpolitik werde von den Militärs bestimmt. Zudem hatte er behauptet, Russland habe stets die Verhandlungen über das Atomabkommen von 2015 zu torpedieren versucht und es sei Russland gewesen, das Iran zu einem militärischen Engagement in Syrien gedrängt habe. Dabei habe auch der einflussreiche General Ghassem Soleimani, Kommandeur der Al-Kuds-Brigade, eine wichtige Rolle gespielt.

Das Interview war, wie die Regierung erklärte, für die Nachwelt bestimmt und sollte nicht veröffentlicht werden. Dass es doch in die Öffentlichkeit gelangte, veranlasste Gegner und Befürworter des Außenministers zu Spekulationen. Regierungschef Hassan Rohani meinte, die Gegner des Atomabkommens hätten mit der Veröffentlichung der Audiodatei die laufenden Atomverhandlungen in Wien stören wollen. Einige Abgeordnete der rechten Fraktionen im Parlament forderten die Justiz auf, den Fall zu untersuchen. Tatsächlich gab die Justiz bekannt, dass sie die notwendigen Ermittlungen eingeleitet habe. Justizsprecher Gholamhossein Esmaili erklärte, auch der Geheimdienst der Revolutionsgarden werde die Justiz bei den Ermittlungen unterstützen. „Es sind sowohl im Informationsministerium als auch im Geheimdienst der Garden Teams von Spezialisten gebildet worden, mit denen die Justiz kooperiert. Die Arbeitsteilung ist gut, wir kommen gut voran.“ Manche Abgeordnete sowie einige Stimmen in den rechten Medien forderten, Sarif solle vor Gericht gestellt werden. Viele Zeitungen behaupteten, Sarif sei „ein Mann des Westens“. Er habe mit seinen Äußerungen der Islamischen Republik schaden wollen. Einige behaupteten, die Veröffentlichung der Audiodatei sei von vornherein beabsichtigt gewesen, mit dem Ziel, die Gesellschaft im Vorfeld der Wahlen zu polarisieren.

Das Parlament verurteilte das Interview. Präsidiumsmitglied Ahmad Mirabadi Farahani berichtete über eine nichtöffentliche Sitzung des Parlaments, auf der die Gründung eines Untersuchungsausschusses vorgeschlagen worden sei. Der Vorschlag werde in einer öffentlichen Sitzung diskutiert und zur Abstimmung vorgelegt werden. Auch Parlamentspräsident Mohammad Bagher Ghalibaf sagte, das Parlament sehe sich verpflichtet, alle seine rechtlichen Möglichkeiten einzusetzen, um die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.

Sarif entschuldigte sich bereits zweimal. Doch seine Gegner gaben sich damit nicht zufrieden. Es geht zum einen darum, Sarif, der vor allem bei den Gemäßigten und Reformern eine hohe Popularität genießt, als möglichen Bewerber bei den Präsidentschaftswahlen zu diskreditieren. Zum anderen gilt es, einen raschen Erfolg bei den Atomverhandlungen zu verhindern. Sarif war der wichtigste und aussichtsreichste Kandidat der Koalition von Gemäßigten und Reformern.

Das erste Ziel haben die Gegner bereits erreicht. Sarif erklärte am 10. Mai seinen Verzicht auf eine Kandidatur. Auf dem Flug nach Europa schickte er auf Instagram am letzten Tag des Fastenmonats Ramadan Grüße „aus dem Himmel über Iran“ an das iranische Volk. Er bedankte sich für die „großzügige Unterstützung“, die er „in den letzten Tagen und Wochen“ erhalten habe. Er sei „beschämt“ für diesen Beistand und zugleich stolz darauf, wie das Volk, trotz des Drucks von außen und der Unannehmlichkeiten im Innern die Außenpolitik verteidigt habe, schrieb der Minister und fuhr fort: „Ich danke allen Personen und Persönlichkeiten, die mir in diesen schweren Tagen beigestanden und mich aufgefordert haben, bei den bevorstehenden schicksalhaften Wahlen zu kandidieren. Ich schäme mich, dass ich dieser Aufforderung nicht Folge leisten kann. Der allwissende Gott, der alle Geheimnisse kennt, kann bezeugen, dass meine Ablehnung nichts zu tun hat mit Sorge um meine Zukunft. Persönlichkeiten wie Ghassem Soleimani haben ihr Leben für ihr Land geopfert. Auch ich würde, wenn ich die Fähigkeit dazu hätte, mein Leben für dieses Volk und für das vergossene Blut der Märtyrer opfern.“

Sarif fährt fort: „Doch ich habe in meiner Einsamkeit lange darüber nachgedacht, habe meine Fähigkeiten überprüft und die schwere innen- und außenpolitische Lage ehrlich analysiert und bin zu dem Ergebnis gekommen, dass angesichts der Aktivitäten der ‚Besorgten‘ (so werden die radikalen Gegner der Regierung genannt), die in den acht Jahren (meiner Amtszeit), insbesondere in den letzten Wochen, um den Preis der Zerstörung der nationalen Einheit und des Vertrauens zwischen dem Volk und dem Staat stattgefunden haben, meine Bewerbung den Interessen unseres Landes nicht dienlich wäre.“

„Aus Erfahrung weiß ich, auch Sie wissen das, dass die bevorstehenden Wahlen schicksalhaft sind. Die Wahlen zu boykottieren, wäre eine Entscheidung. Aber ein Boykott würde zum Sieg der Minderheit führen. Ich bin davon überzeugt, dass die Wähler klug genug sein und die richtige Entscheidung treffen werden. Sie werden ruhig, geschlossen, voller Hoffnung und stolz zu den Urnen gehen. (...)“

„Mein letztes Wort: Ich bin als Außenminister dienstlich unterwegs. Meine Reise hat mit den Atomverhandlungen in Wien nichts zu tun. (Delegationsleiter) Araghtschi leitet mit Klugheit die Verhandlungen und ich begleite ihn aus der Ferne. Nun bitte ich die ‚Besorgten‘, die über meine Entscheidung, nicht zu kandidieren, beruhigt sind, sich ihrem eigentlichen Ziel zu widmen, die Macht zu erobern und uns in Ruhe zu lassen, damit auch wir unserem Ziel, die Interessen des Landes zu verteidigen und die Sanktionen aufzuheben, nachgehen können.“

ERSTER MAI IN IRAN

In einigen Städte Irans gingen am 1. Mai Gruppen von Arbeitern, Lehrern, Rentnern und anderen Lohnabhängigen auf die Straße, um ihre Forderungen nach mehr Lohn, besserer sozialer Fürsorge und besseren Arbeitsbedingungen kundzutun. Die meisten Demonstranten versammelten sich so wie in Maschad, Orumieh, Tabris und Arak vor dem jeweiligen Sozialamt. In Teheran fand die Hauptkundgebung vor dem Arbeitsministerium statt. Hier gingen die Ordnungskräfte gegen die Demonstranten vor, einige Teilnehmer wurden verhaftet. Nach Einschätzung der „Freien Arbeitergewerkschaft“ waren es mehr als 30 Demonstranten, die von der Polizei abgeführt wurden.

Neben den finanziellen und sozialen Forderungen gab es politische Parolen. Eine Parole lautete: „Wir haben so viele Lügen gehört, wir werden nicht mehr wählen gehen.“ In Iran sind unabhängige Gewerkschaften verboten. Es gibt aber immer wieder Versuche der Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Daher befinden sich zahlreiche Arbeiteraktivisten im Gefängnis.

Auch bei den diesjährigen 1.-Mai-Demonstrationen wurde an die Versammelten appelliert, sich gewerkschaftlich zu organisieren. „Unsere Nöte sind eure Nöte, schließt euch uns an!“, skandierten die Demonstranten: „Hoch lebe der Arbeiter, Tod dem Ausbeuter!“ Die Arbeiter der Zuckerfabrik in Hafttappeh, die schon seit geraumer Zeit immer wieder Streiks durchführen, haben auch am Ersten Mai demonstriert. Hier ist es den Arbeitern gelungen, sich trotz des enormen Drucks seitens der Ordnungskräfte zu einer Gewerkschaft zu organisieren. Sie übten scharfe Kritik gegen Justizchef Ebrahim Raisi, der bei der Klärung der Eigentumsverhältnisse der Fabrik zögerlich vorgehe. Die Zuckerfabrik, die zum Staatseigentum gehörte, wurde vor einigen Jahren privatisiert, was zu chaotischen Zuständen und Korruption führte. Die Arbeiter fordern seit Langem die Rückführung in den Staatsbesitz. Sie wollen, dass das Werk von einem gewählten Vorstand, unter Beteiligung der Vertreter der Arbeiter, geführt wird.

Die Arbeitergewerkschaft von Hafttappeh veröffentlichte gemeinsam mit 15 anderen Organisationen, darunter die Gewerkschaft der Teheraner Omnibusfahrer und der Rat der Rentner, eine Erklärung, in der die Politik der Regierung im Kampf gegen die Corona-Epidemie kritisiert wurde. Die Organisationen fordern eine „sofortige, kostenlose, allgemeine Impfung“ und kritisieren, dass die Einfuhr oder Herstellung von Impfstoffen Privatunternehmen überlassen wurde.

MYSTERIÖSER TOD EINER SCHWEIZER DIPLOMATIN IN TEHERAN

Den iranischen Medien zufolge kam am 3. Mai eine Schweizer Diplomatin beim Sturz aus dem 18. Stock eines Hochhauses in Teheran ums Leben. Demnach soll ein Hausangestellter erst am nächsten Tag ihre Leiche im Garten entdeckt haben. Das Außenministerium in Bern bestätigte den Vorfall, ohne weitere Details mitzuteilen. Die Schweizer Botschaft in Teheran vertritt die Interessen der USA in Iran. Zwischen Washington und Teheran bestehen seit Jahrzehnten keine diplomatischen Beziehungen. Die 52-jährige Diplomatin war in der Abteilung beschäftigt, die die Interessen der USA vertritt.

Auch das Teheraner Außenministerium bestätigte den Vorfall. Ministeriumssprecher Said Chatibsadeh äußerte tiefstes Bedauern. „Die Polizei untersucht derzeit intensiv die Umstände, die zum Tod der Diplomatin geführt haben“, sagte er. Das Ministerium stehe in ständigem Kontakt mit der Schweizer Botschaft in Teheran.

Die in Teheran erscheinende Tageszeitung Hamschahri schrieb, die Diplomatin sei aus dem Fenster gestürzt worden. Die Kriminalpolizei habe in ihrem Gästezimmer ein Schreiben in englischer Sprache gefunden. Darin habe sie geschrieben: „Nach meinem

Tod soll meine Leiche in die Schweiz gebracht und meinem Sohn übergeben werden. Die Leiche soll verbrannt und die Urne neben meinem verstorbenen Sohn begraben werden. Mein ganzes Hab und Gut soll meinem Sohn übergeben werden.“ Das Schreiben enthält keine Angaben zu einem möglichen Selbstmord. Es trägt kein Datum und keine Unterschrift.

Die Diplomatin habe alleine gelebt, schreibt die Zeitung weiter. Sie war von ihrem Mann getrennt. Einer ihrer Söhne war gestorben, der andere lebt in der Schweiz. Der Hausangestellte berichtete der Zeitung, er habe bei der Frau Anzeichen von einer Depression beobachtet. Demgegenüber hätten laut Hamschahri ihre Kolleginnen und Kollegen in der Schweizer Botschaft berichtet, sie sei stets fröhlich und voller Energie gewesen und habe Iran sehr geliebt. Sie könnten sich nicht vorstellen, dass sie sich bewusst das Leben genommen habe.

Laut der iranischen Justiz habe es sich bei dem Fall um einen Unfalltod unter Medikamenteneinfluss gehandelt. „Die Gerichtsmedizin hat bei der Toten Spuren von einigen Medikamenten gefunden und die Ergebnisse an den zuständigen Richter weitergeleitet“, sagte Justizsprecher Gholam Hossein Esmaili laut dpa vom 11. Mai. Die Schweizer Botschaft sei darüber informiert worden. Nach Abschluss der Untersuchungen werde die Leiche der Diplomatin der Botschaft übergeben.

MISSBRAUCHSOPFER CONTRA JUSTIZ

Einige Frauen klagten in den letzten Wochen in sozialen Netzwerken gegen einen Mann namens Keywan Emamrudi. Den Berichten zufolge hat Emamrudi, ein Student der Archäologie, junge Frauen verführt, sie in seine Wohnung gelockt und ihnen alkoholische Getränke vermischt mit Schlaftabletten zu trinken gegeben. Als sie einschliefen, vergewaltigte er sie. Nach diesen Berichten wurde der Mann festgenommen. 20 Frauen erklärten sich bereit, gegen ihn bei der Justiz zu klagen. Die Ermittlungen gegen ihn nahmen viel Zeit in Anspruch. Doch schließlich wurde er nach Paragraf 286 des islamischen Strafgesetzbuchs angeklagt. Das Gesetz fordert für Personen, die unter anderem Prostitution verbreiten oder gegen Leib und Leben anderer Menschen Verbrechen begehen, die Todesstrafe.

Die Klägerinnen fordern zwar eine Bestrafung des Täters, aber eine Bestrafung mit dem Tod lehnen sie grundsätzlich ab. Auch in den sozialen Netzwerken löste das Bekanntwerden des Falls eine Welle der Entrüstung aus. Die Todesstrafe sei weder gerecht noch verhindert sie den Missbrauch, erklärten die User. Das Revolutionsgericht, das sich mit dem Fall befasst, sei alles andere als ein Schutz für Frauen, hieß es. Eine Betroffene schrieb: „Ich würde gerne meine Hand auf seine Schulter legen und ihm sagen, ich werde alles unternehmen, damit du nicht hingerichtet wirst.“

Eine Frauenaktivistin meinte, die Justiz würde mit dem Todesurteil alle Opfer des Missbrauchs in den Familien in Zukunft daran hindern, gegen die Täter zu klagen. Keine junge Frau würde es wagen, den eigenen Vater, Bruder oder Onkel anzuzeigen, weil sie nicht Anlass ihres Todes sein möchte.

Fünf betroffene Frauen veröffentlichten eine gemeinsame Erklärung, in der es heißt: „Wir haben trotz der Kenntnis des Gesetzes gegen Vergewaltigung unser Schweigen gebrochen und den gesetzlichen Weg eingeschlagen, um ein Exempel zu statuieren, damit künftig Fälle von Missbrauch von der Justiz ernst genommen und behandelt werden. Damit sind wir aber auch mit Nachdruck für eine Änderung des bestehenden Gesetzes eingetreten, das wir für ungerecht halten.“

Frauenaktivistinnen hoffen, dass der nun bekannt gewordene Fall, bei dem eine ganze Reihe von betroffenen Frauen öffentlich aufgetreten sind, dazu führen wird, dass

Missbrauchsfälle von der Justiz anders als bisher behandelt werden. Nach bestehenden Gesetzen ist es Frauen kaum möglich, bei Gerichten mit ihren Klagen Erfolg zu haben. Um Missbrauch nachzuweisen, braucht eine Frau vier Zeugen. Oder der Täter muss viermal ein Geständnis ablegen. Frauen, die diesen Nachweis nicht bringen können, werden selbst bestraft. Gegenwärtig befinden sich zahlreiche Frauen deswegen im Gefängnis – Grund genug für andere missbrauchte Frauen, auf Klagen zu verzichten.

KAMPF UM CORONA-IMPfstOFF

In Iran haben bis Mitte Mai gerade mal 1,5 Prozent der 84 Millionen Einwohner eine Impfung bekommen. Einem Beschluss des nationalen Krisenstabs gemäß ist es Privatunternehmen erlaubt, Impfstoffe, die vom Gesundheitsministerium freigegeben worden sind, einzuführen beziehungsweise zu verkaufen. Dafür stellt der Staat ihnen günstige Devisen zur Verfügung.

Doch genau dieser Beschluss bot Betrügern eine willkommene Gelegenheit, lukrative Geschäfte zu machen. Laut dem Amt für Nahrung und Arzneimittel „haben mache Unternehmen, die mit diesem Bereich absolut nichts zu tun hatten, Impfstoffe eingeführt und sie bis zu 12-mal teurer als den normalen Marktpreis verkauft.“ Sprecher des Amtes Kianusch Dschahangiri sagte, eine Dosis Impfstoff, die auf dem Markt 10 Dollar kostet, wurde für 25 bis 70 Dollar verkauft.

Medienberichten zufolge werden zumeist die vom Krisenstab verordneten Prioritäten nicht eingehalten. Hochrangige Politiker und Staatsbeamte sowie Wohlhabende würden bevorzugt, afghanischen Mitarbeitern der städtischen Müllabfuhr werde hingegen die Impfung verweigert.

Unabhängig von der Ungleichbehandlung und erhöhten Preisen ist es dem Gesundheitsministerium und dem Krisenstab bislang nicht gelungen, die Impfung zu strukturieren und zu beschleunigen. Dem Krisenstab zufolge sollen demnächst weitere drei Millionen Dosen aus China eintreffen. Erstaunlich ist, dass der Stab trotz des Verbots seitens des Revolutionsführers erklärte, gegen den Kauf von Impfstoffen aus den USA und Großbritannien sei nichts einzuwenden. Aliresa Raisi, Sprecher des Stabs, sagte: „Für uns spielt das Firmenetikett keine Rolle. Der Impfstoff, den wir aus Südkorea gekauft haben, stammt aus England. Und wir haben auch kein Problem mit einem Impfstoff, der aus den USA stammt, aber in einem anderen Land gekauft wird.“ Chamenei hatte Impfstoffe aus den USA, Großbritannien und Frankreich verboten.

Trotz dieser Lage behaupten die Verantwortlichen in Iran, die vierte Corona-Welle überwunden zu haben. Dabei lag Mitte Mai die Zahl der Infizierten innerhalb von 24 Stunden bei 20.732, von denen 3.009 stationär behandelt werden mussten. Die Zahl der Toten lag bei 391. Seit dem Ausbruch der Pandemie wurden offiziell 2.555.587 Infizierte und 72.875 Tote registriert. Nach Einschätzung von Experten liegen die Zahlen wesentlich höher.

Gesundheitsminister Said Namaki forderte am 6. Mai in einem Schreiben die Dekane der Medizinfakultäten auf, genaue Angaben über die Impfung von über Achtzigjährigen zu liefern. Es sei ihm berichtet worden, dass viele ältere Menschen, besonders jene in den Großstädten, nicht zur Impfung aufgefordert worden seien. Die Impfungen, schrieb er weiter, sollen beschleunigt werden. Auch an Feiertagen solle geimpft werden.

Die Regierung in Teheran ordnete am 6. Mai eine starke Einschränkung des Verkehrs für fünf Tage an. Verstöße gegen die neue Regelung wurden mit hohen Geldstrafen geahndet. Präsident Rohani übte scharfe Kritik gegen jene, die die Menschen auffordern, mit der Impfung zu warten, bis der in Iran hergestellte Impfstoff freigegeben werde. Jeder solle nehmen, was er bekommen könne, sagte der Präsident. „Das Erste ist das Beste. Wir

müssen Impfstoffe importieren und können nicht so lange auf den eigenen Impfstoff warten.“ Die Impfung werde mit hohem Tempo fortgesetzt. „Bis Ende Juni werden 13 Millionen der am meisten Gefährdeten geimpft sein.“

Am 17. Mai erklärte das Gesundheitsministerium, „bis Ende September werden alle Studentinnen und Studenten sowie alle Lehrkräfte geimpft sein, so dass die Universitäten den normalen Betrieb aufnehmen können.“ Die Präsenz sei für die Bildung und Ausbildung enorm wichtig. Zwar habe an machen Universitäten der Betrieb auch digital gut funktioniert, aber insgesamt hätten die Studierenden darunter gelitten. Nach neuesten Informationen des Gesundheitsministeriums waren Ende Mai etwas weniger als 3,5 Prozent der Einwohner über 18 Jahre geimpft worden.

KULTUR

Deutsch-iranischer Dichter Said gestorben

DEUTSCH-IRANISCHER DICHTER SAID GESTORBEN

Der deutsch-iranische Dichter Said Mirhadi starb am 17. Mai im Alter von 73 Jahren. Der Verfasser von Gedichten, Essays und Hörspielen lebte in München.

Said, der Sohn eines Offiziers, wurde 1947 in Teheran geboren. 1965 begab er sich zum Studium nach München. „Ich wollte studieren und der Numerus clausus in Iran war sehr hart“, sagte er 2017 in einem Interview mit der dpa. Sein Vater wollte, dass er ein technisches Fach studiere, dies lehnte er ab.

In München schloss er sich der iranischen Auslandsopposition gegen das Schah-Regime an. Im Januar 1973 wurde er zum Vorstandsmitglied der Konföderation Iranischer Studenten gewählt. Er war stets politisch engagiert. „Meine Generation konnte zu Hause kaum etwas sagen, hier konnten wir es“, sagte er der dpa.

Wie die meisten politisch engagierten Iranerinnen und Iraner kehrte Said im Zuge der Revolution von 1979 voller Hoffnung auf einen demokratischen Wandel in die Heimat zurück, kehrte aber bald enttäuscht über die neue Macht, die das Land islamisieren wollte, wieder ins Exil zurück.

Saids Vorliebe waren Sprachen, neben Deutsch beschäftigte er sich mit anderen Sprachen, was ihn nach der Rückkehr dazu veranlasste, sich der Literatur zu widmen und selbst als Autor zu betätigen. Bald wurde er in ganz Deutschland als Dichter bekannt. Sein Hauptthema war die Liebe. „Die Farbe der Liebe ist blau,/ ich weiß./ Nur,/ dass diese Erde –/ genarbt von unseren Küssen –/ mit ihren gebrochenen Farben/ auf uns lastet“, schrieb er. Aber er setzte sich auch intensiv mit Trennung, Flucht, Exil, Verfolgung, Sehnsucht, Heimat und dergleichen auseinander und engagierte sich im Kampf gegen die klerikale Diktatur in Iran. Er stand auch Deutschland kritisch gegenüber, beklagte die Kälte, die er besonders in den ersten Jahren im Exil spürte. Aber er liebte die deutsche Sprache. „Die deutsche Sprache wurde zu einer Art Heimstätte für mich“, sagte er im dpa-Interview.

Said veröffentlichte mehrere Gedichtbände und erhielt dafür mehrere Auszeichnungen. 1996 wurde er in Heidelberg mit dem Literaturpreis „Literatur im Exil“ ausgezeichnet. 1997 erhielt er die Hermann-Kesten-Medaille, 2002 den Adelbert-von-Chamisso-Preis, 2006 die Goethe-Medaille und 2016 den Friedrich-Rückert-Preis. Im Jahr 2000 wurde Said zum Vorsitzenden des deutschen PEN-Zentrums gewählt.

WIRTSCHAFT

Atomverhandlungen / Mögliche Niederlage der Telekom im Streit mit der iranischen Zentralbank / Steigerung der Ölproduktion auch im April / Iran erwartet die schlimmste Trockenheit seit fünfzig Jahren

ATOMVERHANDLUNGEN

Auch im Mai wurden die Atomverhandlungen in Wien, die im April begonnen hatten, unter der Teilnahme Chinas, Russlands, Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs, Irans und der EU fortgesetzt. Auch die USA nahmen indirekt daran teil. Anfang Mai äußerten sich die Europäer unzufrieden mit dem Fortgang der Verhandlungen. „Wir haben noch viel zu tun, aber wenig Zeit“, zitierte dpa am 2. Mai aus hochrangigen Diplomatenkreisen. Über die wichtigsten Punkte sei noch keine Entscheidung in Sicht. Auch der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Jake Sullivan, sagte dem Fernsehsender ABC, bis zur Lösung entscheidender Probleme sei noch ein langer Weg zu beschreiten. „Wir hoffen aber, Fortschritte zu machen.“

Ähnlich äußerte sich Außenminister Antony Blinken. In einem Interview mit der Financial Times sagte er am 4. Mai in London: „Ich denke, wir haben gewisse Fortschritte gemacht. Zumindest haben wir klar gemacht, dass wir es mit der Rückkehr zum Atomabkommen ernst meinen. Wir haben einen langen Weg vor uns. Wenn wir aber weiterkommen sollen, müssen wir vor allem wissen, ob Iran gewillt und in der Lage ist, zum Abkommen zurückzukehren.“ Es sei schwer vorauszusagen, wie sich die Wahl des neuen Präsidenten in Iran auf die Verhandlungen auswirken werde. „Ich denke, es ist klar, wer in Iran die Entscheidungen trifft: der Revolutionsführer. Er ist es, der bestimmt, wie Iran vorgehen soll.“ Etwas zuversichtlicher zeigte sich der russische Vertreter Michail Uljanov. „Es gibt Gründe für wachsenden Optimismus“, sagte er.

Der Sprecher des Teheraner Außenministeriums Said Chatibsadeh sagte mit Blick auf einen Bericht des Senders Press TV: „Wenn die Amerikaner die Sanktionen fortsetzen wollten, wären die Verhandlungen längst zu Ende.“ Der Sender hatte behauptet, die USA insistierten auf Fortsetzung der Sanktionen. Es gebe zwischen Iran und den USA eine ganze Menge von Problemen und einige Positionen der Amerikaner seien inakzeptabel, sagte Chatibsadeh weiter. Daher sei die iranische Delegation darum bemüht, die Verhandlungen mit höchster Aufmerksamkeit und Genauigkeit zu führen.

Irans Verhandlungsführer Abbas Araghtschi sagte am 5. Mai: „Wir bewegen uns langsam, aber nach vorn. Sanktionen über Energie, Fahrzeugbau, Finanzen, Banken, Versicherungen und Häfen müssen aufgehoben werden. Dem stimmen alle zu.“ Es gebe aber noch eine lange Liste von Personen und Institutionen, die auf der Sanktionsliste stünden, über die verhandelt werden müsse.

Die Europäer drängten weiter. EU-Vertreter Enrique Mora, der gemeinsam mit Araghtschi die Sitzungen leitet, sagte, zwar gebe es keine Frist, aber er werde langsam unruhig. „Die Zeit arbeitet nicht für uns. Ich freue mich, dass auch die anderen dasselbe Gefühl haben wie ich.“

Auch Iran drängte. Modschtaba Solnur, Vorsitzender des Ausschusses für nationale Sicherheit und Außenpolitik im islamischen Parlament sagte, wenn bis zum 23. Mai keine Einigung erzielt werde, würden die Kameras der Internationalen Atombehörde (IAEA) in den iranischen Atomanlagen ausgeschaltet. Er nahm Bezug auf eine Vereinbarung mit der IAEA, wonach Iran die Kontrollen der IAEA stark einschränken wird, sollten bis 23. Mai die Sanktionen nicht aufgehoben worden sein. Während die iranische Delegation in Wien Zuversicht zu verbreiten versuchte, kamen aus dem Inland pessimistische

Stellungnahmen. 200 Abgeordnete erklärten, falls nicht die Sanktionen gänzlich aufgehoben würden, würden sie keine Vereinbarung akzeptieren. Außenminister Mohammad Dschawad Sarif twitterte am 8. Mai, für ein mögliches Scheitern der Verhandlungen wären einzig die USA verantwortlich. Diese Stellungnahme erfolgte, nachdem US-Präsident Joe Biden am Tag zuvor gesagt hatte, es sei unklar, wie ernsthaft die Vertreter Irans verhandelten. Biden solle sich überlegen, ob er den Weg des in Ungnade gefallenen Clowns (Trumps) fortsetzen oder die Verpflichtungen der USA wieder wahrnehmen wolle, schrieb Sarif weiter.

Am 10. Mai gab Chatibsadeh bekannt, dass die USA einen Großteil der Forderungen Irans akzeptiert hätten. Es gehe jetzt nur noch um die Forderungen, denen Washington noch nicht zugestimmt habe. Er betonte, dass alle Entscheidungen über die Position Irans in Teheran gefällt würden und nicht in Wien. Am 17. Mai widersprach Chatibsadeh Gerüchten, die von einer ersten Vereinbarung berichteten. Es könne keine „ersten Vereinbarungen“ geben, sagte er. „Entweder werden alle Bedingungen erfüllt, oder es gibt keine Vereinbarung. Offenbar brauchen wir mehr Zeit. Wir müssen aber zugleich darauf achten, dass die Zeit nicht alles verschleißt.“

MÖGLICHE NIEDERLAGE DER TELEKOM IM STREIT MIT DER IRANISCHEN ZENTRALBANK

Einem Bericht der dpa vom 12. Mai zufolge könnte eine Tochtergesellschaft der Deutschen Telekom im Streit mit der iranischen Nationalbank eine Niederlage erleiden. Diese Ansicht äußerte Generalstaatsanwalt Gerard Hogan, der den Europäischen Gerichtshof in diesem Fall berät.

Die Telekom hatte nach dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen und den darauffolgenden Sanktionen gegen Iran ihren Vertrag mit einer Filiale der iranischen Nationalbank in Hamburg gekündigt. Gegen diese einseitige Kündigung klagte die Bank. Sollte die Telekom allein mit Blick auf mögliche US-Sanktionen den Vertrag mit der iranischen Bank gekündigt haben, sei diese Kündigung ungültig, erklärte Hogan mit dem Hinweis auf die sogenannte Blocking-Verordnung der Europäischen Union. Dieser Verordnung zufolge ist es den europäischen Unternehmen unter Androhung von Strafen untersagt, ihre Geschäftsbeziehungen zu Iran zu kündigen. Mit dieser Verordnung versuchte die EU zu verhindern, dass die USA mit ihrem Austritt aus dem Atomabkommen und ihrem „maximalen Druck“ gegen Iran das Atomabkommen von 2015 zum Scheitern bringen.

Anders als der Generalstaatsanwalt vertritt die Telekom die Auffassung, die Blocking-Verordnung hindere ein Unternehmen nicht daran, einen Vertrag ohne Angabe von Gründen zu kündigen. Die Melli-Bank wiederum klagte, der Ausfall des Vertrags mit der Telekom, der sämtliche Dienstleitungen der externen und internen Kommunikationsstrukturen der Bank abdeckt, würde das gesamte Unternehmen lahmlegen.

Der EuGH wird in den kommenden Monaten das Urteil aussprechen. Danach wird das Oberlandesgericht in Hamburg über den Fall entscheiden.

STEIGERUNG DER ÖLPRODUKTION AUCH IM APRIL

Laut der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) haben einige ölproduzierende Länder wie Iran, Nigeria und Saudi-Arabien ihre Ölproduktion gesteigert. In dem jüngsten Bericht des OPEC-Sekretariats vom 11. Mai heißt es, Iran habe im April im Durchschnitt täglich rund 2,393 Millionen Barrel Rohöl produziert, im Februar waren es 2,167 Millionen und im März 2,320 Millionen Barrel. Insgesamt lag die Ölproduktion aller 17

Mitgliedsstaaten im April bei mehr als 25 Millionen Barrel pro Tag. Das sind rund 20.000 Barrel mehr als im März.

Der Preis eines Barrels iranischen Öls lag bei 63 Dollar. Das ist etwa 1,30 Dollar weniger als im Februar. Insgesamt erfuhren die Ölpreise wegen der Corona-bedingten Abnahme der Nachfrage einen Rückgang.

Obwohl Iran den Stand seines Ölverkaufs offiziell nicht bekannt gibt, weil ein Großteil des Exports durch Umgehung der US-Sanktionen erfolgt, zeugen die Berichte von einer kontinuierlichen Zunahme der Einnahmen in den letzten Monaten. Manche Berichte sprechen von einer halben Million Barrel, die Iran pro Tag exportiert. Nach dem Austritt der USA aus dem Atomabkommen und der Verhängung harter Sanktionen gegen Iran war der Ölexport des Landes auf 100 Barrel pro Tag gesunken.

Mohammad Bagher Nobacht, der Chef der Planorganisation, klagte den Medien zufolge am 9. Mai auf dem sozialen Netzwerk Clubhouse über den drastischen Rückgang der Deviseneinnahmen infolge des Rückgangs des Ölexports.

IRAN ERWARTET DIE SCHLIMMSTE TROCKENHEIT SEIT FÜNFZIG JAHREN

Irans Energieminister Resa Ardakian warnte vor der Dürre im Sommer dieses Jahres. Er sprach von der schlimmsten Trockenheit seit fünfzig Jahren. Bei der Vorstellung einiger Projekte zur Stromversorgung sagte der Minister am 18. Mai, „diese Aktivitäten erfolgen neben der kontinuierlichen Arbeit, die landesweit Tag und Nacht geleistet wird, um den Sommer, der der trockenste seit fünfzig Jahren sein wird, überwinden zu können.“

Isa Kalantari, Leiter des Amtes für Umweltschutz, hatte am Vortag die Maßnahmen zur Wasserversorgung kritisiert. „Der Wasserkrieg hat in den Provinzen begonnen und wird demnächst die Dörfer erreichen. Denn die Natur wurde Großprojekten geopfert. Die Experten, die diesem Treiben schweigend zuschauen, werden sich vor der Geschichte verantworten müssen.“ Jährlich würden 20 Milliarden Kubikmeter mehr Wasser aus natürlichen Quellen verbraucht. „Wir rauben die natürlichen Wasserquellen. In 20 Jahren wird es um das Zagros-Gebirge (im Westen des Landes) keine Landwirtschaft mehr geben.“

Kalantari bezeichnete die Verantwortlichen, die den Raubbau an der Natur und am Wasser betreiben, als „eine Generation von puren Egoisten“.

Experten sprechen von großen Engpässen, die im Sommer überwunden werden müssten. Ihrer Einschätzung nach werde eine Rationierung des Wassers unumgänglich werden. Grund für die ungewöhnliche Dürre in diesem Sommer ist einerseits der zu geringe Niederschlag im Winter und Frühjahr. Aliresa Kakawand, Leiter der Gesellschaft für Wasser und Abwasser in der Provinz Kermanschah, sagte, die Provinz leide besonders unter Wassermangel, denn dort sei der Niederschlag im Vergleich zu anderen Provinzen am niedrigsten gewesen.

Doch der geringe Niederschlag ist nicht der einzige Grund für den Wassermangel. Willkürliche Großprojekte, wie der Bau von Staudämmen und Autobahnen, und der Mangel von Plänen zum Schutz der Natur haben die Katastrophe mitverursacht. Einige Experten meinen, die Katastrophe, die das Land im Sommer heimsuchen werde, werde genauso schlimm sein wie die Corona-Epidemie.

AUSSENPOLITIK

Gespräche zwischen Teheran und Riad werden fortgesetzt / Iran verurteilt Israels Vorgehen gegen Gaza / Iranischer Diplomat rechtskräftig verurteilt / Iran, USA und Großbritannien bestreiten, Gefangenenaustausch geplant zu haben / Großbritannien bezeichnet Umgang mit Zaghari als „Folter“ / Heftige Kritik an der Wahl Irans in die UN-Frauenkommission / Sarif sagt angekündigten Besuch in Wien ab / Kanada bezeichnet Irans Verhalten als „gewissenlos“

GESPRÄCHE ZWISCHEN TEHERAN UND RIAD WERDEN FORTGESETZT

Iraks Präsident Bahram Salih sagte am 5. Mai laut einer Meldung der dpa, die Gespräche zwischen Teheran und Riad dauerten an. Sie hätten Anfang April begonnen und seien inzwischen mehrmals fortgesetzt worden. Er bezeichnete die Gespräche als „wichtig und bedeutsam“. Diese Äußerung Salih's bei einem live übertragenen Interview mit der Denkfabrik in Beirut war die erste offizielle Bestätigung des direkten Kontakts zwischen Iran und Saudi-Arabien. Weder Teheran noch Riad hatten bis dahin zu den Pressemeldungen Stellung genommen.

Die Gespräche, die in Bagdad stattfanden, wurden durch Irak vermittelt. „Für den Irak ist es wichtig, diese nützliche Rolle zwischen diesen regionalen Akteuren zu spielen“, sagte Salih.

Erst am 7. Mai kam auch eine Bestätigung aus Saudi-Arabien. Ein ranghoher saudischer Diplomat sagte laut der BBC, bei den Gesprächen gehe es darum, Wege zu finden, um bestehende Konflikte in der Region zu mildern. „Wir hoffen, dass die Verhandlungen erfolgreich sein werden. Aber es ist noch viel zu früh, um Ergebnisse mitteilen zu können. Wir beurteilen die Lage aufgrund des tatsächlichen Verhaltens, nicht aufgrund von verbalen Bekundungen.“ Prinz Salman habe die Politik seines Landes klar beschrieben, sagte der Diplomat weiter. Zwar habe das sunnitische Königreich Probleme mit dem „negativen Verhalten“ Teherans, wolle aber gute Beziehungen zum schiitischen Iran haben.

Über den Inhalt der Gespräche gab der Diplomat keine Auskunft. Die Agentur Reuters berichtete aus ihren Quellen, es gehe zum einen um die Lage in Jemen und zum anderen um das Atomabkommen.

In Jemen führt eine Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens Krieg gegen die jemenitischen Huthis, die von Iran unterstützt werden. Die Saudis wollen, nicht zuletzt durch den Druck aus Washington, den Krieg in Jemen beenden und hoffen dabei auf Irans Unterstützung.

Auch Iran, das derzeit mit anderen Mächten über die Wiederbelebung des Atomabkommens von 2015 verhandelt, hofft, durch eine Neugestaltung seiner Beziehung zu Saudi-Arabien und anderen Staaten in der Region die eigene Position bei den Verhandlungen in Wien stärken zu können. Saudi-Arabien war bislang gegen das Atomabkommen mit Iran. Erst seit einigen Wochen scheint sich allmählich ein Sinneswandel in Riad zu vollziehen. Vor Kurzem erklärte Kronprinz bin Salman in einem Fernsehinterview, er wünsche „gute Beziehungen“ zu Iran und wünsche dem Land Erfolg und Fortschritt.

Wenige Tage nach Saudi-Arabien bestätigte auch Teheran die Verhandlungen mit Riad. „Der Zweck der Gespräche war es, sowohl bilaterale als auch regionale Themen zu besprechen“, sagte Außenamtssprecher Said Chatibsadeh am 10. Mai in Teheran. Iran habe schon immer Gespräche zur Lösung von Konflikten gefordert. „Sie sind für alle Beteiligten nützlich“, sagte er.

Auch der saudische Außenminister Faisal bin Farhan Al Saud äußerte die Hoffnung, dass die Gespräche erfolgreich sein würden. „Wir haben mit ersten Gesprächen begonnen. Wir stehen noch ganz am Anfang, hoffen aber, weiterkommen zu können“, sagte der Prinz am 19. Mai der AFP in Paris. „Wenn die Iraner merken, dass gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu ihrem Vorteil sind, kann ich auf Besserung hoffen.“ Mit Blick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran sagte er aber einschränkend, „in Iran wird die Außenpolitik vom Revolutionsführer bestimmt.“ Daher seien grundsätzliche Änderungen nach den Wahlen nicht zu erwarten.

IRAN VERURTEILT ISRAELS VORGEHEN GEGEN GAZA

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei forderte die Weltgemeinschaft auf, dem Vorgehen Israels gegen die Menschen in Gaza Einhalt zu gebieten. Dieses „brutale und grausame Verbrechen“ an dem palästinensischen Volk dürfe nicht geduldet werden. Jedes Land sei verpflichtet, gegen das Unrecht vorzugehen. Zugleich müsse den Palästinensern Unterstützung gewährt werden, damit sie ihre Rechte gegen Israel durchsetzen könnten. Auch Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif übte bei seinem unerwarteten Besuch in der syrischen Hauptstadt Damaskus am 12. Mai scharfe Kritik gegen Israel. Er sprach laut dpa von „kriminellen Handlungen“ Israels, die die Lage in der Region deutlich verschlechtert hätten.

Einer Meldung der AFP vom 16. Mai zufolge sicherte Brigadegeneral Ismail Ghaani, Kommandeur der iranischen Al-Kuds-Brigade, einer Abteilung der Revolutionsgarden, die für Auslandseinsätze zuständig ist, den Palästinensern Unterstützung bei ihrem Kampf gegen Israels „Verbrechen“ in Jerusalem und im Gazastreifen zu. Iran stehe „an der Seite der Nation von Palästina“ und verurteile Israels Handeln, das sich „gegen alle internationalen Gesetze und Konventionen“ richte, sagte der General in einem Telefongespräch mit dem Führer der Hamas, Ismail Haniyeh.

In einem weiteren Telefongespräch mit dem Führer des Islamischen Dschihad, Sijad al-Nachalah, sagte Ghaani, Teheran unterstütze „das Recht der Palästinenser, die sich der Aggression und den Verbrechen des zionistischen Feindes widersetzen.“

IRANISCHER DIPLOMAT RECHTSKRÄFTIG VERURTEILT

Der iranische „Diplomat“ Assadollah Assadi wurde von einem Gericht in Belgien rechtskräftig zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil war bereits im Februar dieses Jahres gefällt worden. Da Assadi auf eine Berufung verzichtet habe, werde es nun rechtskräftig, erklärte die Staatsanwaltschaft am 5. Mai. „Ich habe heute bestätigt, dass Herr Assadi nicht in Berufung gehen will“, sagte Assadis Anwalt Dimitri de Béco der Agentur AFP. Sein Mandant habe von Anbeginn die Rechtmäßigkeit des Prozesses nicht akzeptiert.

Assadi hatte sich geweigert, an den Gerichtsverhandlungen teilzunehmen. Er hatte mit Hinweis auf seine Immunität als Diplomat jede Gerichtsverfolgung als unrechtmäßig bezeichnet und seine bedingungslose Freilassung gefordert. Auch die iranische Botschaft in Brüssel protestierte mit demselben Argument gegen das Urteil. „Deutschland und Belgien haben mit der Festnahme und Verurteilung von Herrn Assadi gegen die Wiener Konvention und die diplomatischen Umgangsformen verstoßen“, hieß es in der Erklärung der Botschaft.

De Béco bezeichnete den Prozess als „politisch“. „Der iranische Diplomat Assadi hat keine Berufung gegen das Urteil eingelegt, nicht weil er dem Urteil zustimmt, sondern weil er den gesamten Prozess als illegal betrachtet, denn das Gericht hat seine diplomatische

Immunität nicht berücksichtigt. Daher möchte er nicht, dass ein anderes Gericht darüber entscheidet, ob er schuldig sei oder nicht“, sagte der Anwalt vor dem Gericht in Antwerpen den Journalisten.

Assadi, Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Wien, wurde im Juni 2018 auf einer Autobahntankstelle in Deutschland festgenommen. Fast gleichzeitig wurden seine Komplizen, ein Ehepaar und ein Iraner mit belgischer Staatsangehörigkeit in Belgien festgenommen. Die Ermittlungen ergaben, dass die Festgenommenen ein Attentat gegen eine Versammlung der oppositionellen iranischen Volksmodschahedin in Paris geplant hatten. Weitere Untersuchungen ergaben, dass Assadi als Koordinator für terroristische Aktivitäten und Spionagetätigkeiten in Europa tätig war. Er wurde an Belgien ausgeliefert. Auch das Ehepaar wurde zu 18 Jahren und der Komplize, der früher Mitglied der Volksmodschahedin war, zu 15 Jahren Haft verurteilt.

IRAN, USA UND GROßBRITANNIEN BESTREITEN, GEFANGENENAUSTAUSCH GEPLANT ZU HABEN

Einem Bericht der dpa vom 3. Mai zufolge haben die USA und Großbritannien Berichte dementiert, ein Gefangenenaustausch sei zwischen ihnen und Iran geplant. US-Außenminister Antony Blinken sagte bei einem Treffen mit seinem britischen Amtskollegen Dominic Raab, allerdings habe es für die USA oberste Priorität, US-Gefangene in Iran wieder in die Heimat zurückzubringen. Auch Raab forderte das bedingungslose Ende der willkürlichen Verhaftungen britischer Staatsbürger in Iran.

Auch Iran bestritt, einen Gefangenenaustausch mit den beiden Staaten geplant zu haben. Der Sprecher des Außenministeriums Said Chatibsadeh sagte einer Meldung der dpa vom 3. Mai zufolge: „Medienberichte und Aussagen sogenannter informierter Quellen bestätigen wir grundsätzlich nicht.“

In den Medien wurde die Vermutung geäußert, wie nach der Atomvereinbarung 2015 sei auch jetzt ein Gefangenenaustausch geplant. Einige Agenturen berichteten mit Hinweis auf ungenannte Quellen, Iran sei bereit, gegen Freigabe seiner auf ausländischen Banken festgesetzten Guthaben amerikanische Gefangene in Iran freizulassen.

Dpa zufolge berichtete der libanesische Nachrichtensender Al-Mayadeen unter Hinweis auf iranische Quellen, fünf in Iran inhaftierte Doppelstaatler sollten freigekauft werden. Es handele sich um vier US-Bürger mit iranischer Abstammung und eine Iranerin mit britischer Staatsbürgerschaft. Der Freikauf für die vier US-Bürger sollte 7 Milliarden betragen. Die Britin sollte erst dann freikommen, wenn London bereit wäre, die Schulden Großbritanniens an Iran in Höhe von 400 Millionen Pfund zurückzuzahlen. Diese Schulden stammen aus der Schah-Zeit. Damals hatte Iran Panzer aus Großbritannien gekauft, die aber nie geliefert wurden. Seit Jahren schon fordert Teheran die Rückgabe der Gelder (siehe nächsten Abschnitt). Der Bericht wurde sowohl von den USA als auch von Großbritannien dementiert.

In fast allen Fällen wird den inhaftierten Doppelstaatlern Spionage für ausländische Geheimdienste und Propaganda gegen die Islamische Republik vorgeworfen. Politische Beobachter vermuten, dass vor allem Doppelstaatler, aber auch Ausländer, in Haft genommen werden, um Forderungen durchzusetzen. Sie sprechen daher von „Geiselhaft“.

GROßBRITANNIEN BEZEICHNET UMGANG MIT ZAGHARI ALS „FOLTER“

Großbritanniens Außenminister Dominic Raab bezeichnete in einem Interview mit der BBC den Umgang mit der Iranerin mit britischer Staatsbürgerschaft Nazanin Zaghari-Ratcliffe als „Folter“. Ihre Gefangennahme verstoße gegen internationale Gesetze und

Bestimmungen. Auf die Frage, ob Zaghari als Geisel benutzt werde, um bestimmte Forderungen durchzusetzen, sagte Raab, „anders kann man das nicht beschreiben.“

Zaghari, Journalistin und Mitarbeiterin der Thomson Reuters Stiftung, war bereits wegen eines angeblichen Umsturzversuchs zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Sie hatte die Strafe gerade verbüßt. Die letzten Wochen der Haftzeit hatte sie wegen der Corona-Epidemie mit gefesselten Füßen im Hausarrest verbracht. Eigentlich hätte sie freigelassen werden müssen. Doch die Justiz erhob erneut Anklage gegen sie. Sie wurde unter dem Vorwurf „Propaganda gegen die Staatsordnung der Islamischen Republik“ zu einem weiteren Jahr Gefängnis verurteilt.

Raab sagte weiter: „Zaghari ist zu einem Opfer des Katz-und-Maus-Spiels der Iraner geworden. Die Iraner, oder konkret gesagt, ein Teil der iranischen Führung, versucht mit diesem Spiel auf Großbritannien Druck auszuüben.“

Iran erkennt die doppelte Staatsangehörigkeit nicht an und behandelt die Doppelstaatler wie iranische Staatsbürger. Im Falle Zaghari versucht Iran allem Anschein nach, die britische Regierung unter Druck zu setzen, um die rund 400 Millionen Pfund zurückzubekommen, die Iran zur Schah-Zeit für britische Panzer gezahlt hatte, die aber nie geliefert wurden.

Auf die Frage, warum die Rückzahlung nicht längst erfolgt sei, sagte Raab: „Das ist nicht das einzige Problem. Auch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Iran und die laufenden Atomverhandlungen in Wien sind Probleme, die aus iranischer Sicht miteinander verbunden sind.“

Auch der britische Premierminister Boris Johnson verurteilte das neue Urteil gegen Zaghari scharf. Aber er selbst wird im Zusammenhang mit dem Fall Zaghari kritisiert. Die britische Wochenzeitung Observer warf Johnson und seiner Regierung „Unfähigkeit“ vor. Sie forderte in ihrer Ausgabe vom 2. Mai die sofortige Rückzahlung der Schulden, um Zaghari frei zu bekommen. Die Regierung solle alle Wege versuchen, um Zaghari und andere „unschuldige Gefangene“, die sich in iranischer Haft befinden, nach Hause zu bringen, selbst dann, wenn diese Versuche zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Teheran und London und zum Abbruch der Atomverhandlungen in Wien führen und die Hoffnung Irans auf Aufhebung der Sanktionen vernichten sollten.

Johnson erklärte in einer Stellungnahme, der Fall Zaghari und die von Iran geforderte Rückzahlung haben miteinander nichts zu tun. „Wir werden alle unsere Möglichkeiten einsetzen, um den Fall Nazanin und andere komplizierte Fälle von inhaftierten Doppelstaatlern zu lösen.“

Einige Zeitungen in Iran hatten am 2. Mai berichtet, London habe der Rückzahlung gegen die Freilassung von Zaghari zugestimmt. Doch die britische Regierung dementierte die Berichte. Auch der Sprecher des Teheraner Außenministeriums Said Chatibsadeh erklärte, es habe diesbezüglich keinerlei Gespräche oder Vereinbarungen zwischen London und Teheran gegeben.

HEFTIGE KRITIK AN DER WAHL IRANS IN DIE UN-FRAUENKOMMISSION

Die Wahl Irans in die UN-Frauenkommission hat unter den Nutzern der sozialen Netzwerke und Frauen- und Menschenrechtsorganisationen heftige Kritik hervorgerufen. Zuständig für die Wahl, die am 20. April erfolgte, ist der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC). Bei der Wahl haben mindestens vier westliche Demokratien für die Mitgliedschaft Irans gestimmt.

„Den Iran, mit seiner offen zur Schau gestellten Diskriminierung und frauenfeindlichen Politik (islamisches Rechtssystem der Scharia) und seiner krassen Diskreditierung der Frauen im öffentlichen Leben und in der gesellschaftspolitischen Agenda, in so ein Gremium zu wählen, ist absurd und sowohl moralisch als auch politisch nicht tragbar. Es ist, als würde man einen Brandstifter zum Feuerwehrchef der Stadt ernennen“, erklärte die in Österreich ansässige „Medical Professionals for Human Rights in Iran“. In dem offenen Brief der Organisation heißt es weiter: „Ein Regime, das Frauen als Bürgerinnen zweiter Klasse behandelt, an der Steinigung von Frauen festhält, sie wegen Verletzung der Hijab-Pflicht inhaftiert und die Verheiratung von Mädchen im Kindesalter zulässt, ihnen das Singen verbietet, das Radfahren verbietet, den Besuch von Sportstadien verbietet und sie nicht ohne Erlaubnis ihres männlichen Vormunds heiraten, arbeiten, studieren oder ins Ausland reisen lässt, wird in die oberste Frauenrechtsorganisation der Vereinten Nationen gewählt!“

SARIF SAGT ANGEKÜNDIGTEN BESUCH IN WIEN AB

Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif sagte ein für den 15. Mai angekündigtes Treffen mit seinem österreichischen Amtskollegen Alexander Schallenberg in Wien ab. Der Sprecher des Teheraner Außenministeriums Said Chatibsadeh sagte, „der Minister hielt es nicht für angebracht, unter den gegebenen Umständen nach Wien zu reisen.“

Grund für die Absage war eine symbolische Geste des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, der aus Solidarität mit Israel angeordnet hatte, die israelische Flagge über dem Kanzleramt zu hissen. Eine Sprecherin des Wiener Außenministeriums äußerte ihr Bedauern über die Absage Sarifs, sagte aber zugleich: „Für uns ist sonnenklar, wenn die Hamas über 2.000 Raketen auf zivile Ziele in Israel abfeuert, werden wir nicht schweigen.“ Wien ist die Stadt, in der gegenwärtig die Atomverhandlungen mit Iran stattfinden. Das Hissen der israelischen Fahne veranlasste auch den iranischen Delegationsführer Abbas Araghtschi zu der Äußerung: „Es ist erschreckend und schmerzlich, die Flagge des israelischen ‚Besatzungsregimes‘ zu sehen, das mit seinen Militäraktionen in den vergangenen Tagen Dutzende palästinensische Zivilisten getötet hat“, wie Reuters in einer Meldung vom 15. Mai Araghtschi zitierte.

Wie die österreichische Zeitung Die Presse berichtete, hat Schallenberg in einem Telefonat mit Sarif sein Bedauern über die Absage geäußert. Sein Ministerium erklärte, die Beziehungen zwischen Teheran und Wien seien traditionell gut, die Wege zwischen den beiden Ländern seien offen. Die Absage Sarifs werde diese Beziehungen nicht beeinträchtigen.

KANADA BEZEICHNET IRANS VERHALTEN ALS „GEWISSENLOS“

Obwohl seit dem Abschuss der ukrainischen Passagiermaschine, bei dem 176 Personen ums Leben kamen, mehr als ein Jahr vergangen ist, gibt es über die Umstände des Abschusses und über die Personen, die dafür verantwortlich sind, viele Ungewissheiten. Unter den Opfern waren zahlreiche kanadische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Der kanadische Außenminister Marc Garneau sagte vor einem Parlamentsausschuss am 13. Mai: „Ich muss ehrlich sagen, das Verhalten der Iraner in den vergangenen fünfzehn Monaten ist gewissenlos gewesen. Aber wir werden sie nicht in Ruhe lassen, bis wir klare Antworten bekommen.“ Teheran sei erst nach Monaten bereit gewesen, Aufnahmegерäte für eine unabhängige Untersuchung freizugeben. Iran habe bis jetzt nicht erklärt, warum an dem betreffenden Abend kein Flugverbot angeordnet worden sei.

Die Passagiermaschine war am 8. Januar vergangenen Jahres von zwei Raketen der Revolutionsgarden getroffen worden. Die Ukraine und weitere vier Staaten, Afghanistan,

Großbritannien, Schweden und Kanada, deren Staatsbürger bei dem Abschuss getötet worden waren, hatten Iran aufgefordert, genau und detailliert darzulegen, wie es zu dem Abschuss gekommen war. Iran hatte nach dem Ereignis drei Tage lang die Wahrheit verschwiegen und jede Verantwortung abgewiesen. Schließlich mussten die Revolutionsgarden zugeben, dass die Maschine abgeschossen worden war. Es hieß dann, die Verkehrsmaschine sei mit einem Kampfflieger verwechselt worden. Eine Kette von menschlichen Fehlern habe zu der Katastrophe geführt.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba bezeichnete den iranischen Abschlussbericht als „einseitig“. Die angeführten Indizien seien „tendenziös“ und das Ergebnis sei „trügerisch“.

Indes haben die Familien der Opfer gegen die Einstellung der Ermittlungen gegen bestimmte Personen protestiert, die ihrer Meinung nach für „das Verbrechen“ mitverantwortlich sind. Ermittelt werde allein gegen zehn Personen, deren Namen und Funktionen nicht bekannt gegeben werden. Die Ermittlungsbehörde ist nicht die Justiz, sondern die „Juristische Organisation der Streitkräfte“. Diese Militärbehörde habe erklärt, sie sei für die Verfolgung einiger Amtsärzte nicht zuständig, gegen die die Hinterbliebenen geklagt hatten. Auch sei bislang ihren Forderungen nach Akteneinsicht und Bekanntgabe der Namen der Angeklagten, Richter und Staatsanwälte nicht entsprochen worden. „Die Verantwortlichen für dieses Verbrechen sitzen in den höheren Rängen“, erklärten die Hinterbliebenen. Sie protestierten auch gegen die Versuche des Staates, Angehörige der Opfer unter Druck zu setzen, damit sie die angebotene Entschädigung annehmen. Doch die Angehörigen erklärten, keiner von ihnen werde die Entschädigung annehmen, solange das Verbrechen nicht vollständig aufgeklärt und die Verantwortlichen nicht zu Rechenschaft gezogen worden sind.